

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Hauptausschuss		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm		
Datum 18.06.2020	Beginn 17:02 Uhr	Ende 20:08 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Bosselmann, Ralf Philipp, Gerd Schier, Klaus Peter Wapenhans, Detlef Burbulla, Johanna	Vertretung für Herrn Kirschner abwesend bei TOP 18 (19.48 - 19.50 Uhr)
Flüshöh, Oliver Heinemann, Manfred Lusebrink, Hans-Otto Müller, Michael	 abwesend bei TOP 18 (19.48 - 19.50 Uhr)
Beckmann, Philipp J. Gießwein, Brigitta Gießwein, Marcel Feldmann, Jürgen	 abwesend von 19.30 Uhr bis 19.34 (TOP 14)
Stutzenberger, Olaf Bockelmann, Christian, Dr.	bis TOP 22 - 19:58 Uhr

1. stellv. Vorsitzende

Hortolani, Frauke, Dr.
Sartor, Christiane

Sitzungsteilnehmer/innen der Verwaltung

Guthier, Wilfried
Liebscher, Sybille
Michaelis, Sandra
Mollenkott, Marion
Nowack, Simon
Peters, Hildegard
Rudolph, Heike
Schweinsberg, Ralf

Schriftführer

Graeve, Heidi

Abwesend:

Mitglieder

Kirschner, Thorsten

Vertretung durch Herrn Bosselmann

Vorsitzende

Grollmann-Mock, Gabriele

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Niederschriften zu den Sitzungen vom 14.11.2019/06.02.2020 - Kenntnisnahme und Feststellung -
- 4 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung
- 5 Mitteilungen
- 6 Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates
- 7 Beteiligungsbericht 2018 023/2020
- 8 Bewilligung von außerplanmäßigen Aufwendungen/-auszahlungen 071/2020
für das Haushaltsjahr 2020 im Produkt 12.01.01
"Gemeindestraßen"
(Erstattung zu viel gezahlter Konzessionsabgaben)
- 9 Ordentliche Hauptversammlung der AVU 079/2020
Aktiengesellschaft für Versorgungs - Unternehmen am
25.06.2020 (Genehmigung einer)
Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs.1 Satz 1
Gemeindeordnung NRW
- 10 Linderhausen
- 10.1 Gemeinsamer Antrag der SPD- und FDP-Fraktionen 081/2020
"Unser Dorf soll schöner werden"
- 10.2 Gemeinsamer Antrag der CDU- und Grünen-Fraktion 080/2020
"Linderhausen stärken"
- 11 Kooperationsstandorte
- 11.1 Antrag der Fraktion der CDU 085/2020
Ausweisung anderer Kooperationsstandorte im
Regionalplan Ruhr
- 11.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen 086/2020
Stellungnahme zum sachlichen Teilplan Regionale
Kooperationsstandorte zum
Regionalplan Ruhr und Gewerbeflächenentwicklung in
Schwelm

11.3	Antrag der FDP Fraktion - Ergänzung Antrag CDU "Sicherung des Gewerbestandortes Schwelm – Erweiterter Prüfauftrag" vom 17.06.2020	094/2020
12	Bahnhof/ Bahnhofumfeld/ Parkräume	
12.1	Anträge der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/ die Grünen und FDP vom 14.02.2020, 16.02.2020 und 22.05.2020 (Parkflächen im Bahnhofsumfeld)	037/2020/1
13	Solarstrom von städtischen Dächern	075/2020
14	Antrag der SPD Fraktion vom 24.05.2020 (Prüfung der (Wieder-) Ansiedlung eines Lebensmitteldiscounters in der Innenstadt)	082/2020
15	Antrag der SPD-Fraktion vom 11.2.2020 - Gute Aussichten für volle Schaufenster Antrag zur Beseitigung und Verhinderung von Leerständen in der Innenstadt	051/2020
16	Bäderlandschaft	076/2020
17	Bebauungsplan Nr. 103 "Rathaus - Neue Mitte" 1. Abwägung aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB 2. Abwägung aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB 3. Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB	063/2020
18	29. FNP-Änderung (Bereich Zassenhaus-Gelände) 1. Abwägung aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB 2. Abwägung aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB 3. Abwägung aus der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB i. V. m. § 4a (3) BauG 4. Abwägung aus der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB i. V. m. § 4a (3) BauG 5. Beschlussfassung	064/2020
19	Bebauungsplan Nr. 106 "Zassenhaus-Gelände" 1. Abwägung der Anregungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB 2. Abwägung der Anregungen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB 3. Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB	065/2020

20	Ausbau Lausitzer Weg, Tilsiter Weg und Glatzer Weg	074/2020
21	Elternbeitragssatzung für die Tagesbetreuung- Aktualisierung und Modifizierung	077/2020
22	neu: Entsendung von Vertretern der Stadt für die Verbandsversammlung des Volkshochschulzweckverbandes Ennepe-Ruhr-Süd	093/2020
23	Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung	
24	abzusetzende Tagesordnungspunkte	
24.1	Freigabe eines Verkaufssonntags am 11.10.2020	078/2020
24.2	Fraktionsanträge zum Thema "Baumbestand in der Stadt Schwelm" vom 14.02.2020 / 16.02.2020	025/2020

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Die stellvertretende Bürgermeisterin Dr. Frauke Hortolani begrüßt die Anwesenden der Sitzung des Hauptausschusses und eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Im Anschluss stellt sie fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung geladen wurde und dass Beschlussfähigkeit vorliegt.

Zur Tagesordnung unterbreitet sie folgende Vorschläge:

- Absetzung des TOP „Freigabe eines Verkaufssonntages am 11.10.2020“ mit der Vorlage 078/2020. Hierzu erläutert Herr Schweinsberg, dass man davon ausgehen könne, dass auch nach dem 31.08.2020 keine Großveranstaltungen stattfinden dürfen. Eine rechtliche Regelung der Landesregierung stehe noch aus und werde abgewartet.
- Absetzung des TOP „Fraktionsanträge zum Thema Baumbestand in der Stadt Schwelm vom 14.02.2020/16.02.2020“ mit der Vorlage 025/2020, weil der Liegenschaftsausschuss nach ausführlicher Beratung bestimmt hat, dass zunächst ein Gutachten erstellt und der Antrag anschließend neu im Liegenschaftsausschuss beraten werden soll.
- Aufnahme des TOP „Entsendung von Vertretern der Stadt für die Verbandsversammlung des Volkshochschulzweckverbandes Ennepe-Ruhr-Süd“ mit der Vorlage 093/2020 unter TOP 22.
- Zusammenfassung der Anträge zum Kooperationsstandort als Themenkomplex Kooperationsstandort.
- Aufnahme des TOP „Antrag der Fraktion CDU – Ausweisung anderer Kooperationsstandorte im regionalplan Ruhr „ mit der Vorlage 085/2020 als TOP 11.1
- Aufnahme des TOP „Antrag der FDP-Fraktion – Ergänzung Antrag CDU „Sicherung des Gewerbestandortes Schwelm – Erweiterter Prüfauftrag“ vom 17.06.2020“ mit der Vorlage 094/2020 als TOP 11.2
- Aufnahme des TOP „Antrag der Fraktion Bündnis 90/die Grünen - Stellungnahme zum sachlichen Teilplan Regionale Kooperationsstandorte zum regionalplan Ruhr und Gewerbeflächenentwicklung in Schwelm“ mit der Vorlage 086/2020 als TOP 11.3
- Wegfall des TOP „Antrag CDU & B'90/Die Grünen „Bahnhof und Bahnhofsumfeld stärken / Parkraum schaffen“, da dieser Antrag in die Vorlage 037/2020/1 unter TOP neu 12.1 integriert ist.
- Die Vorlage 037/2020/1 ersetzt die Vorlage 037/2020
- Die Tagesordnungspunkte 18 und 19 werden getauscht.

Einwände gegen diese Vorschläge werden nicht erhoben.
Frau Dr. Hortolani ruft zur Abstimmung über die vorgeschlagenen Änderungen der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

3 Niederschriften zu den Sitzungen vom 14.11.2019/ 06.02.2020 - Kenntnisnahme und Feststellung -

Frau Dr. Hortolani teilt mit, dass die Niederschriften zu den Sitzungen vom 14.11.2019 und 06.02.2020 allen Mitgliedern des Hauptausschusses rechtzeitig zugeleitet und Einwände gegen sie nicht vorgetragen wurden. Sie schlägt vor, die Kenntnisnahme der Niederschriften und das Nichtvorliegen von Einwänden gegen sie festzustellen und entsprechend zu protokollieren.

Gegen diesen Vorschlag wird kein Widerspruch erhoben.

Die Niederschriften werden zur Kenntnis genommen und es wird festgestellt, dass Einwände gegen sie nicht erhoben werden.

4 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung

Frau Dr. Kryl stellt sich als Bürgerin und Vorsitzende des Bürgervereins Linderhausen vor. Sie möchte wissen, inwiefern die Teilnahme am Dorferneuerungsprogramm an den Bau des neuen Feuerwehrhauses gebunden ist. Sie sehe diesbezüglich Zeitdruck. Frau Dr. Kryll fragt weiter, ob man die Förderung nur bekommen könne, wenn man den Bau des Feuerwehr-Hauses an andere Maßnahmen koppelt oder ob man dies auch auf das nächste Jahr verschieben könne.

Herr Schweinsberg antwortet, dass das Gerätehaus und das Gemeinschaftshaus nicht zusammen gebaut werden müssen, dass man aber den dörflichen Charakter erhalten müsse. Die Verwaltung habe in der darauffolgenden Woche einen Termin bei der Bezirksregierung, bei dem man auch über die Zeitachse sprechen werde. Man würde der Bezirksregierung gern einen Ratsbeschluss vorlegen. Auch er sehe ein Zeitproblem und hätte gern ein Signal aus dem Hauptausschuss, ob man auf dem richtigen Weg sei.

Frau Dr. Kryl möchte wissen, ob der Standort bei der Einreichung des Antrages bereits feststehen müsse.

Herr Schweinsberg erklärt, dass er dies mit Arnsberg klären werde. Vielleicht bekomme man ja den Auftrag, mit den Bürgern einen Standort zu finden.

5 Mitteilungen

keine

6 Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates

Frau Peters berichtet über den Sachstand der Namensänderung des Behindertenbeirates. Dessen Name sollte in „Beirat für Menschen mit

10 Linderhausen

Frau Dr. Hortolani ruft dem Themenkomplex Linderhausen auf und lässt über die Anträge der Tagesordnungspunkte 10.1 und 10.2 zunächst gemeinsam beraten..

Herr Flüshöh führt aus, dass seine Fraktion den Antrag gestellt habe, weil die Politik seiner Meinung nach der Verwaltung für die Gespräche mit der Bezirksregierung ein Votum mitgeben sollte. Der TOP sei auch Thema im Ältestenrat gewesen. Der Vorschlag der CDU gehe über die anderen hinaus. Man solle versuchen, an dem Programm teilzunehmen. In Schwelm habe man viel Arbeit in Förderprogramme gesteckt und auch Erfolg gehabt, z.B. beim Kulturhaus.

Zur Frage, wo der richtige Standort sei, führt Herr Flüshöh aus, dass für seine Fraktion ein konkreter Vorschlag besser sei als die Angabe eines Gebietes. Der richtige Standort sei für ihn in Linderhausen an der Gevelsberger Straße. Planungsrechtlich müsse man eine Grundlage haben, weil eine Änderung der Planung auf höherer Ebene schwieriger sei als auf Gemeindeebene. Die Verwaltung müsse dann klären, was planungsrechtlich zu tun sei. Seine Fraktion fände es hervorragend, wenn man dem Programm beitreten würde. Die Verwaltung solle konkrete Entscheidungen der Politik als Grundlage für die Gespräche mit der Bezirksregierung haben.

Herr Philipp erklärt, dass er für die beiden antragstellenden Fraktionen der Vorlage 081/2020 spreche. Man habe die Zahl 270.000,- € als maximale Förderung in Erinnerung. Er möchte von der Verwaltung wissen, ob für das Feuerwehr-Gebäude eine fertige Konzeption vorliegen müsse.

Herr Schweinsberg antwortet, dass alle Kostenberechnungen bis zur Antragstellung – spätestens 30.09.2020 – vorliegen müssen.

Herr Philipp sieht dies als nicht machbar an. Er habe den Antrag breiter gefasst und tue sich schwer damit, den Kindergarten an die Gevelsberger Straße zu verlegen. Es müssten zumindest Fußwege zum Kindergarten angelegt werden. Dass die Feuerwehr ein neues Gebäude brauche, sei unstrittig. Ob es in der Tiefe an den vorgeschlagenen Standort passe, sei fraglich.

Herr Beckmann führt aus, die FDP wolle mit ihrem Antrag die Bürger beteiligen. Der Antrag sei offener gestaltet, um den Bürgern mehr Mitspracherecht einzuräumen. So sei es auch im Ältestenrat besprochen worden.

Herr Gießwein ergänzt, die Verwaltung habe ausdrücklich um ein Signal durch die Politik – noch vor der Sommerpause - gebeten. Es sei also nichts übereilt. Er habe kein Problem mit einer Bürgerbeteiligung. Problematisch sei aber, dass man bis dahin eine Grundlage haben müsse. Wenn die Gremien bis nach der Wahl nicht mehr tagen würden, sei der Antrag das Mindeste und konkret genug. Der einzige Unterschied zwischen den Anträgen sei die Bürgerbeteiligung.

Die Feuerwehr in Linderhausen solle jetzt endlich ein neues Gebäude bekommen.

Herr Schweinsberg erläutert, dass die Verwaltung einen Auftrag der Politik brauche, wenn sie mit der Bezirksregierung über ein Förderprogramm sprechen werde. Der Ältestenrat reiche hierfür nicht aus, weil er kein Beschlussgremium sei. Der 30.09.2020 sei der letzte Termin für diesen Aufruf. Man müsse jetzt mit Arnsberg ins

Gespräch eintreten und brauche einen möglichst klaren Auftrag der Politik. Insofern bestehe Zeitdruck.

Herr Feldmann erklärt, bei beiden Anträgen missfalle ihm die Sache mit dem Archiv. Man brauche ein Archiv und halte den Antrag bezüglich des Archivs für falsch.

Herr Beckmann möchte einen klaren Auftrag an die Verwaltung und den Bürgern die Möglichkeit zur Beteiligung geben.

Herr Stutzenberger kann den Anträgen grundsätzlich zustimmen. Problematisch sei für ihn die Standortfrage. Er möchte wissen, ob man den Antrag stellen kann, ohne einen konkreten Standort zu haben, damit dieser erst noch diskutiert werden könne. Herr Flüshöh ist der Meinung, man müsse jetzt zum Ziel kommen. Bürgerbeteiligung befürworte er, aber Schnelligkeit sei wichtig. Der Bürgerverein könne ein Bürgervotum schneller herbeiführen als die Verwaltung (Sommerpause, Wahlen). Es sei niemand ausgeschlossen, sich zu beteiligen. Wenn der Standort offen gestaltet werden könne, sei es nicht so ein Problem. Aber er halte Planer für imstande, so zu planen, dass z.B. ein gefahrloser Weg zum Kindergarten gegeben sein werde. Seines Erachtens müsse man der Bezirksregierung klare Planungen vorlegen. Wenn man jetzt keinen Standort und Eckpunkte festlege, starte man endlose Diskussionen. Dann könne man den 30.09.2020 nicht schaffen.

Herr Flüshöh möchte wissen, wie die Verwaltung dies sieht. Man könne die Anträge auch noch in den Rat schieben.

Herr Philipp ist der Auffassung, dass die Örtlichkeit das Problem vielschichtig macht. TOP 10 könne auch nicht von TOPP 11 getrennt werden. Er finde es schwierig, das Gebiet zuzubauen. Es habe in Linderhausen immer den Wunsch gegeben, keine Gewerbe anzusiedeln.

Herr Beckmann stellt die Frage, wie es sich mit den Fördermitteln zu Corona-zeiten verhalte.

Herr Schweinsberg antwortet, dass es unter Corona sicherlich schwieriger sei, die Arbeit zu leisten. Ziel der Verwaltung sei, mit einem breiten Ratsvotum die Türen der Bezirksregierung zu öffnen. Es könne auch sein, dass man dort sagen werden, dass das Programm im nächsten Jahr wieder aufgelegt wird. Wie konkret die Planung für die Bezirksregierung sein müsse, könne man schlecht sagen. Gut wäre es, sich im Rat auf einen Standortvorschlag zu einigen, aber mit Flexibilität.

Herr Flüshöh möchte von Herrn Philipp wissen, ob er eine Alternative habe, die man der Verwaltung mitgeben könne oder ob man aus den zwei Vorschlägen einen sinnvollen Vorschlag machen könne, z.B. mit 2-3 Standorten.

Herr Philipp selbst würde den alten Standort präferieren.

Herr Dr. Bockelmann möchte wissen, wie die Eigentumsverhältnisse bei den vorgeschlagenen Standorten sind und vermutet, dass es sich bei allen Standorten um städtische Grundstücke handelt.

Er hält die Gevelsberger Straße für einen Kindergarten nicht für optimal und möchte nicht wieder Tempo 30 einführen müssen.

Herr Schweinsberg antwortet auf die Frage von Herrn Philipp, dass er in öffentlichen Sitzungen nichts zu Eigentumsverhältnissen sagen könne; aber die Stadt habe genug Grundstücksflächen für das Projekt. Er bittet, der Verwaltung einen konkreten Vorschlag zuzusenden, damit man darauf reagieren könne.

Herr Gießwein ergänzt, dass er Tempo 30 vor Kindergärten für sehr sinnvoll hält. Er hoffe, dass man sich doch noch auf einen Kompromiss einigen könne und möchte

die Sache nicht in den Rat vertagen. Er habe kein Problem damit, als zweiten Standort den von der SPD vorgeschlagenen aufzunehmen.

Herr Beckmann möchte wissen, wie notwendig die Bedingung ist, einen Standort zu nennen, da jetzt alles am Standort hänge. Der Antrag sei mit und ohne Standort ohnehin nicht ausreichend für den fördermittelantrag. Wenn man jetzt auf Biegen und Brechen einen Standort festlege, müsse man evtl. später bei der Bezirksregierung wieder ändern, wenn man feststelle, dass dieser doch nicht optimal sei.

Herr Flüshöh macht folgenden Formulierungsvorschlag: „Der Hauptausschuss unterstützt die Idee, am Dorferneuerungsprogramm teilzunehmen, um Linderhausen zu stärken. Der Hauptausschuss spricht sich dafür aus, die Fläche an der Gevelsberger Straße oder den bisherigen Standort zu präferieren.“

Herr Philipp möchte den gemeinsamen Antrag von SPD und FDP stellen.

Herr Schier stellt für beide Anträge einen Vertagungsantrag in den Rat.

Frau Dr. Hortolani ruft zur Abstimmung über den Vertagungsantrag bezüglich der Vorlagen 080/2020 und 081/2020 auf.

Siehe Abstimmungsergebnisse zu TOP 10.1 und 10.2.

10.1 Gemeinsamer Antrag der SPD- und FDP-Fraktionen 081/2020 "Unser Dorf soll schöner werden"

Frau Dr. Hortolani ruft zur Abstimmung über den Vertagungsantrag auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

10.2 Gemeinsamer Antrag der CDU- und Grünen-Fraktion 080/2020 "Linderhausen stärken"

Frau Dr. Hortolani ruft zur Abstimmung über den Vertagungsantrag auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

11 Kooperationsstandorte

Frau Dr. Hortolani weist darauf hin, dass die Vorlagen 085/ 2020, 094/2020 und 086/2020 gemeinsam beraten werden.

Herr Flüshöh trägt vor, man habe eine Beteiligung am Regionalplan zuletzt 2019 gehabt. Es habe einen großen Suchraum gegeben und die Verbandsversammlung Ruhr habe einen Teilplan für Kooperationsstandorte beschlossen. Alles andere sollte erst nach der Wahl entschieden werden. Von diesem Suchraum sei nur ein einziger Standort übrig geblieben. Es gebe auch eine Machbarkeitsstudie zur Bodenbeschaffenheit.

Man habe als Fraktion beschlossen, dass die gewerbliche Entwicklung am Standort Linderhausen nicht mehr in Betracht komme. Trotzdem müsse man in Schwelm gewerbliche Flächen ausweisen und man wolle an anderer Stelle Kooperationsstandorte aufzeigen. Seine Fraktion habe als Suchraum die Gevelsberger Straße vorgeschlagen. Der Regionalplan habe für 10-15 Jahre Bestand. Man habe nichts dagegen, auch andere Flächen in den Blick zu nehmen. Da man in Linderhausen gewerbliche Entwicklung ablehne, habe man im Antrag andere Standorte genannt.

Für Herrn Beckmann hat sich das Thema Gewerbe in Linderhausen ebenfalls erledigt. Seine Fraktion wolle sich aber zu zwei Gewerbeflächen unterhalb der Stadt aussprechen. Diejenigen, die man befürworte, seien in den Antrag aufgenommen worden, um auch in der Stadt Gewerbe entwickeln zu können und den Grüngürtel zu erhalten.

Herr Gießwein erklärt, dass der Antrag seiner Fraktion in Teil 1 übereinstimmend sei; es müsse jedoch „Teilplan“, nicht „Regionalplan“ heißen.

Punkt 2 sehe er anders als der CDU-Antrag. Mit 2. Werde die Grundlage für ein Dorfgemeinschaftshaus geschaffen und man könne den Flächennutzungsplan entsprechend ändern. Sollte es die von seiner Fraktion vorgeschlagene Fläche nicht werden, werde es schwieriger, weil es eine Gewerbefläche sein müsse.

Bezüglich Punkt 4. des Antrages führt Herr Gießwein aus, man erkenne an, dass man Gewerbeflächen benötige. Seine Fraktion sehe aber nicht, dass man in Schwelm einen Kooperations-Standort haben müsse. Deshalb habe man dies bewusst offen formuliert.

Zu Punkt 3. des Antrages: Egal wo, für seine Fraktion sei es wichtig, neue Flächen so zu schaffen, dass der ökologische Wert der Grundstücke erhalten bleibe. Dazu gebe es auch Förderprogramme.

Herr Feldmann erklärt, er finde es nicht gut, dass die Sache so schnell entschieden werden müsse. Er sehe ein geologisches Problem und bezweifle, dass man neue große Gewerbeflächen brauche. Was man vielmehr benötige, sei eine andere Gemeindefinanzierung.

Herr Feldmann führt aus, dass es sich bei dem Bereich zwischen Ruhrstraße und Autobahn um ein geologisch aktives Gebiet handle, wodurch es bei der Erschließung/Bebauung zu erheblichen Problemen kommen werde.

Außerdem würden immer größere Gewerbegebiete für weniger Arbeitskräfte ausgewiesen. Er frage sich, ob die Politik die von ihr selbst beschlossenen Klima-Anträge und den Klimawandel ernst nehme. Man brauche eher mehr landwirtschaftliche Flächen als Gewerbeflächen. Herr Feldmann ruft dazu auf, solche Planungen zu unterlassen und kündigt an, er werde gegen größere Gewerbeflächen stimmen.

Herr Dr. Bockelmann ist der Meinung, dass alle Anträge in die gleiche Richtung gehen und dass man keinen Kooperations-Standort brauche. Sein erster – zurückliegender – Antrag sei gewesen, anstelle eines Gewerbegebiets in Linderhausen den Standort Gevelsberger Straße zu wählen. Dieser sei mit Hinweis auf die Geologie abgelehnt worden. Sein Vorschlag sei daher, den Wirtschaftsförderer der Stadt zu beauftragen, alle in Frage kommenden Flächen aufzulisten. Eine Übersicht über die verfügbaren Flächen sei hilfreich, um zu sehen, wo man noch Gewerbe ansiedeln könne.

Herr Nowack antwortet, dass man die Frage, ob noch mehr Gewerbeflächen benötigt werden eindeutig mit „ja“ beantworten könne. Er finde die Anträge sinnvoll. Die in den Anträgen genannten Flächen seien laut Flächennutzungsplan möglich. Alle möglichen Flächen seien mit dem aktuellen Flächennutzungsplan ausgereizt. Eine Übersicht über die zur Vermarktung stehenden Flächen gebe es bereits. Diese seien eher kleinflächig, insgesamt ca. 7.000 qm. Auch im Brachflächenkataster für den EN-Kreis habe die Stadt Flächen angemeldet, die sich aber mit den Flächen aus den Anträgen überschneiden.

Herr Beckmann hält die Ausweisung von Kooperations-Standorten für notwendig. Herr Flüshöh erwidert auf Herrn Feldmanns Vortrag, dass die Gewerbesteuer für ihn immer von Interesse sei, dass aber auch die Sicherung der Arbeitsplätze wichtig sei. Außerdem scheine die Bebauung an der Gevelsberger Straße ja zu funktionieren. Die Verwaltung solle sagen, inwieweit Bebauung dort möglich ist. Er halte Kooperationsstandorte für nötig und man solle jetzt nicht einseitig aus der Kooperation aussteigen. Der RVR habe sich ausgerechnet eine Fläche aus dem großen Suchraum ausgesucht, die man nicht als Kooperationsfläche entwickeln könne. Man sollte eine einheitliche Lösung finden.

Herr Gießwein stimmt dem zu, mit Ausnahme von Linderhausen, das man seiner Meinung nach streichen sollte. Man könne jetzt aus der Kooperation aussteigen, obwohl es vorher einen Prozess mit anderen Kommunen gegeben habe. In Schwelm als flächenkleinste Gemeinde sei für ihn kein Kooperations-Standort denkbar.

Herr Philipp erklärt, dass die SPD dem Antrag der Grünen zustimmen würde.

Herr Nowack ergänzt, dass die Stadt auf einen Kooperations-Standort angewiesen sei, wenn sie über den Bedarf hinaus Flächen bekommen möchte.

Herr Beckmann weist darauf hin, dass zum Gewerbe auch Dienstleistungen gehören, nicht nur produzierendes Gewerbe. Dieses benötige weniger Fläche.

Herr Flüshöh erklärt, dass man für die Formulierung des Antrages Zeit benötige. Man werde sicherlich einen Kompromiss finden.

Herr Flüshöh stellt bezüglich aller Vorlagen einen Vertagungsantrag in den Rat. Frau Dr. Hortolani ruft zur Abstimmung über den Vertagungsantrag auf.

Siehe Abstimmungsergebnisse zu TOP 11.1, 11.2 und 11.3

11.1 Antrag der Fraktion der CDU 085/2020
Ausweisung anderer Kooperationsstandorte im
Regionalplan Ruhr

Frau Dr. Hortolani ruft zur Abstimmung über den Antrag auf, die Vorlage 085/2020 gemeinsam mit den Vorlagen 094/2020 und 086/2020 in den Rat zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

11.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen 086/2020
Stellungnahme zum sachlichen Teilplan Regionale
Kooperationsstandorte zum
Regionalplan Ruhr und Gewerbeflächenentwicklung
in Schwelm

Frau Dr. Hortolani ruft zur Abstimmung über den Antrag auf, die Vorlage 086/2020 gemeinsam mit den Vorlagen 085/2020 und 094/2020 in den Rat zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

11.3 Antrag der FDP Fraktion - Ergänzung Antrag CDU 094/2020
"Sicherung des Gewerbestandortes Schwelm –
Erweiterter Prüfauftrag" vom 17.06.2020

Frau Dr. Hortolani ruft zur Abstimmung über den Antrag auf, die Vorlage 094/2020 gemeinsam mit den Vorlagen 085/2020 und 086/2020 in den Rat zu vertagen..

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

12 Bahnhof/ Bahnhofumfeld/ Parkräume

Über die zugrunde liegenden Anträge wurde nach gemeinsamer Beratung getrennt abgestimmt.

Herr Gießweinführt aus, dass der Antrag vom 22.05.2020 gestellt worden sei, weil man der Meinung sei, das Ganze müsse beschleunigt werden, um an Fördermaßnahmen teilnehmen zu können. Wichtig sei für seine Fraktion die Ladeninfrastruktur, Fahrradstellplätze Ladestationen für E-Bikes und Plätze für Carsharing. Man sollte sich jetzt damit befassen, aber später für IEK ein Gesamtkonzept haben.

Herr Nowack informiert darüber, dass er mit Herrn Lippki bei der Bahnentwicklungsgesellschaft gewesen sei und die Zusage bekommen habe, dass man einen Städtebau-Entwicklungsplan erstellen lassen könne.

Herr Beckmann erklärt, dass die beiden vorgeschlagenen Paletten Parkhäuser den Vorteil hätten, dass beide Gleise – Regional- und S-Bahngleis - barrierefrei werden könnten, weil es einen direkten Übergang zu den Bahngleisen und Aufzüge geben würde. Dadurch würde das Bahnhofsgebäude aufgewertet.

Herr Schier hält alle Anträge für denkbar. Er befürchtet aber, dass man ein Büro gegen Bezahlung beauftragen müsse. Er meint, dass ISEK nicht nur den Bahnhof umfasst und erklärt, dass seine Fraktion am gemeinsamen Antrag von CDU/SPD und B'90/Die Grünen festhalten werde.

Herr Guthier weist auf die Vorlage 072/2020 zum ISEK hin, in der vieles enthalten sei, was gerade besprochen werde. Bezüglich des Verkehrs werde noch ein Mobilitätsbericht erstellt, der den Bahnhof einbeziehe.

Herr Schweinsberg ergänzt, dass man einen Fördermittelgeber habe, der die Planungen im Bahnhofsbereich fördere.

Für Herrn Flühshöh ist ein zweites Parkhaus auf dem Eisenwerksgelände keine Option. Er habe in Erinnerung, dass man bei der Diskussion um das Rathaus immer gehört habe, dass es zu wenig Parkflächen gebe. Auch beim Kulturzentrum müsse man sich über Parkplätze Gedanken machen.

Herr Feldmann ist der Meinung, der Kfz- Verkehr sollte reduziert werden. Er befürworte den Ausbau von Parkflächen nicht und warne vor einem Parkhaus am Eisenwerksgelände. Er möchte dies in der nächsten Ratssitzung diskutieren.

Herr Gießwein ergänzt, der Antrag seiner Fraktion gehe weiter als die Vorlage 072/2020, so dass der Antrag durch einen Beschluss über die Vorlage 072/2020 nicht obsolet werde. Seiner Meinung nach sollte über die Anträge nicht im Rat, sondern sofort entschieden werden.

Herr Guthier erwidert, es habe niemand gesagt, dass in Vorlage 072/2020 alles enthalten sei, was die Anträge vorschlagen. Man müsse ja auch als Planer allgemeiner sein. Wenn der Hauptausschuss eine Entscheidung treffe, passe das in ISEK.

Anschließend ruft Frau Dr. Hortolani zur getrennten Abstimmung über die drei Anträge der Vorlage 037/2020/1 auf.

Siehe Abstimmungsergebnisse der einzelnen Anträge.

12.1 Anträge der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/ die Grünen und FDP vom 14.02.2020, 16.02.2020 und 22.05.2020 (Parkflächen im Bahnhofsumfeld) 037/2020/1

Abstimmungsergebnis zum Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen - Anlage 1 zu Vorlage 037/2020/1:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	15
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	2

Abstimmungsergebnis zum Antrag der FDP-Fraktion – Anlage 2 zu Vorlage 37/2020/1::

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	2
	dagegen:	10
	Enthaltungen:	5

Abstimmungsergebnis zum Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen - Anlage 3 zu Vorlage 037/2020/1:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	8
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	8

13 Solarstrom von städtischen Dächern**075/2020**

Herr Gießwein bittet um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion.
Anschließend ruft Frau Dr. Hortolani zur Abstimmung über die Vorlage 075/2020 auf..

Beschlussvorschlag:

ohne

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	15
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	2

14 Antrag der SPD Fraktion vom 24.05.2020 (Prüfung der (Wieder-) Ansiedlung eines Lebensmitteldiscounters in der Innenstadt) 082/2020

Herr Philipp bittet um Unterstützung des Antrages.
Herr Flüshöh führt aus, dass der Arbeitskreis Zentralisierung Gespräche mit einem Lebensmitteldiscounter führe und möchte wissen, ob man mit dem Antrag eine weitere Ansiedlung von Einzelhandel erreichen möchte.
Herr Piliipp antwortet, dass er dies nicht wisse.
Herr Beckmann fragt, was die Alternative sei und warum man nicht „Rathaus“ in den Antrag schreibe.
Herr Philipp sagt zu, dass er dies klären lassen werde.
Herr Gießwein erklärt, dass man am heutigen Tag über den Antrag beschließen werde. Er hält den Antrag für überflüssig, da es bereits einen Standort gebe. Wenn die SPD einen weiteren Standort wolle, möchte er wissen, wo das sein solle.
Herr Dr. Bockelmann würde den Antrag ablehnen, da der Lebensmittelhandel gerade erst an den Stadtrand gedrängt worden sei.
Herr Bosselmann möchte wissen, ob die Ansiedlung auf vorhandener oder neu zu schaffender Fläche stattfinden soll.
Herr Schier führt aus, dass der Standort nicht näher definiert sei.

Frau Dr. Hortolani ruft zur Abstimmung über die Vorlage 082/2020 auf. .

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	5
	dagegen:	11
	Enthaltungen:	0

Herr Feldmann war bei der Abstimmung nicht anwesend.

15 Antrag der SPD-Fraktion vom 11.2.2020 - Gute Aussichten für volle Schaufenster Antrag zur Beseitigung und Verhinderung von Leerständen in der Innenstadt

051/2020

Herr Philipp führt aus, dass diejenigen unterstützt werden sollen, die etwas gegen Leerstände unternehmen.

Herr Schweinsberg weist darauf hin, dass diese Aufgabe in der Gesellschaft für Stadtmarketing und nicht in der Verwaltung angesiedelt sei.

Herr Beckmann meint, dass dies auch zur Attraktivierung der Innenstadt gehöre.

Herr Flüshöh stimmt Herrn Schweinsberg zu. Er schlägt vor, den Antrag in die Gesellschaft für Stadtmarketing zu verweisen.

Herr Philipp erwidert, der Antrag zielle auf eine regelmäßige Übersicht ab und er begrüße den Antrag des Herrn Flüshöh.

Herr Gießwein schlägt der SPD-Fraktion vor, ihren Antrag zurückzuziehen und darauf hinzuwirken, die darin enthaltenen Ideen in die Gesellschaft für Stadtmarketing einzubringen.

Herr Philipp zieht den Antrag der SPD-Fraktion zurück und wird ihn selbst weitergeben..

Antrag wurde zurückgezogen.

16 Bäderlandschaft

076/2020

Herr Flüshöh trägt vor, man müsse eine Lösung finden, mit der man in das nächste Jahr gehen könne. Es gebe eine Machbarkeitsstudie mit hohen Summen, die über den eigenen Vorstellungen lägen. Diese müsse man noch bewerten, was aber nicht so schnell möglich sei. Seine Fraktion wolle, dass die Verwaltung mit dem Trägerverein ins Gespräch gehe. Man müsse die Diskussion jetzt zum Abschluss bringen und nicht erst im nächsten Jahr.

Herr Dr. Bockelmann erklärt, dass er den Antrag in Punkt 1 mittrage. Zu Punkt 2 habe sich seine Fraktion positioniert. Diesen würde er ablehnen, so dass er um getrennte Abstimmung bitte.

Herr Schier findet den Vorschlag zu 1. gut. Punkt 2 hält er ebenfalls für wichtig und würde diesem zustimmen.

Herr Stutzenberger unterstützt den Antrag und sieht die Umsetzung in den Händen der Verwaltung

Herr Beckmann trägt vor, dass seine Fraktion mit dem Antrag einverstanden sei. Er fragt, ob die Verhandlung mit dem Trägerverein ergebnisoffen sein oder ob das Ziel die Verlängerung des Vertrages sein solle.

Herr Flüshöh antwortet, dass er den derzeitigen Vertrag zur Grundlage machen würde.

Herr Schweinsberg bestätigt, dass die Verwaltung die Gespräche wieder in der gewohnten Runde fortsetzen würde.

Anschließend ruft Frau Dr. Hortolani zur getrennten Abstimmung über 1. und 2 der Vorlage 076/2020 auf.

Abstimmung zu 1. der Vorlage 076/2020:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	17
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

Abstimmung zu 2. der Vorlage 076/2020:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	16
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	0

- 17 Bebauungsplan Nr. 103 "Rathaus - Neue Mitte" 063/2020**
- 1. Abwägung aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB**
- 2. Abwägung aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB**
- 3. Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB**

Frau Dr. Hortolani ruft zur Abstimmung über die Vorlage 063/2020 auf.

Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB keine Anregungen bei der Verwaltung eingegangen sind.
2. Die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB vorgetragene Anregungen werden, wie in der beigefügten Abwägungstabelle (Anlage 1) dargestellt, abgewogen.
3. Gem. § 10 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3624) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.11.2016 (GV.NRW S. 1162) wird der Bebauungsplan Nr. 103 „Rathaus – Neue Mitte“ der Stadt Schwelm (Anlage 2) einschließlich der dazugehörigen Begründung (Anlage 3), des Umweltberichtes (§ 2 Abs. 4 BauGB) (Anlage 4), des artenschutzrechtlichen Fachbeitrages (§§ 44 und 45 des Bundesnaturschutzgesetzes) (Anlagen 5 und 6), und der dazugehörigen Gutachten (Anlagen 7 und 8) als Satzung beschlossen.
Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke der Gemarkung Schwelm, Flur 20 Nr. 566 tlw. und Flur 19, Nr. 117, 118, 122, 124-126, 401, 793, 794, 796, 841 tlw., 843 tlw., 975, 1311 und 1312 tlw..

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	14
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	1

- 18 **29. FNP-Änderung (Bereich Zassenhaus-Gelände)** **064/2020**
- 1. Abwägung aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB**
 - 2. Abwägung aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB**
 - 3. Abwägung aus der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB i. V. m. § 4a (3) BauG**
 - 4. Abwägung aus der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB i. V. m. § 4a (3) BauG**
 - 5. Beschlussfassung**

Herr Beckmann erklärt, dass Lebensmitteldiscounter in der Regel reine Betonflächen seien, die kein Grün und keine Spielflächen auswiesen. Die Verwaltung solle auf den Investor zugehen und auf einen „schönen“ – begrünten Parkplatz , evtl. mit Spielfläche, hinwirken.

Herr Schweinsberg antwortet, dass die Verwaltung dies bei Gesprächen mit den Investoren ansprechen werde.

Anschließend ruft Frau Dr. Hortolani zur Abstimmung über die Vorlage 064/2020 auf.

Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB keine Anregungen bei der Verwaltung eingegangen sind.
2. Die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB vorgetragene Anregungen werden, wie in der beigefügten Abwägungstabelle (Anlage 1) dargestellt, abgewogen.
3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB i.V.m. § 4a (3) BauGB keine Anregungen bei der Verwaltung eingegangen sind.
4. Die im Rahmen der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB i.V.m. § 4a (3) BauGB vorgetragene Anregungen werden, wie in der beigefügten Abwägungstabelle (Anlage 3) dargestellt, abgewogen.
5. Gem. der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.11.2016 (GV.NRW S. 1162) wird die 29. FNP-Änderung (Bereich Zassenhaus-Gelände) der Stadt Schwelm (Anlage 2) beschlossen.

Der dazugehörige Erläuterungsbericht (Anlage 5), die Informationen zu umwelt-relevanten Aspekten (Umweltbericht, Anlage 6) und die Auswirkungsanalyse (Anlage 7) werden als Entscheidungsbegründung übernommen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	14
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	0

Frau Burbulla und Herr Müller waren bei der Abstimmung nicht anwesend.

- 19 Bebauungsplan Nr. 106 "Zassenhaus-Gelände" 065/2020**
- 1. Abwägung der Anregungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB**
- 2. Abwägung der Anregungen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB**
- 3. Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB**

Herr Gießwein ist der Meinung, dass ein Radweg mit gebaut werden sollte und möchte wissen, ob er einen entsprechenden Antrag stellen soll.

Herr Guthier antwortet, dass dies für Straßen NRW hilfreich wäre. Wenn die Politik dies bestätigen würde, könne die Verwaltung es bei Straße NRW vortragen.

Die Anwesenden tragen den Wunsch nach Radwegen vor.

Anschließend ruft Frau Dr. Hortolani zur Abstimmung über die Vorlage 065/2020 auf.

Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB keine Anregungen bei der Verwaltung eingegangen sind.
2. Die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB vorgetragene Anregungen werden, wie in der beigefügten Abwägungstabelle (Anlage 1) dargestellt, abgewogen.
3. Gem. § 10 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3624) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.11.2016 (GV.NRW S. 1162) wird der Bebauungsplan Nr. 106 „Zassenhaus-Gelände“ der Stadt Schwelm (Anlage 2) einschließlich der dazugehörigen Begründung (Anlage 3), des Umweltberichtes (§ 2 Abs. 4 BauGB) (Anlage 4), des artenschutzrechtlichen Fachbeitrages (ASP 1+2) (Anlage 5), des Baugrundgutachten (Anlage 6), Verkehrsgutachten (Anlage 7), Altlasten (Anlage 8), Schallgutachten (Anlage 9), Auswirkungsanalyse (Anlage 10) als Satzung beschlossen.

Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke der Gemarkung Schwelm, Flur 13,

Flurstücke 542 tlw., 558, 743 tlw., 744, 745 tlw., 978 und 979. Den genauen Geltungsbereich setzt der Bebauungsplan fest (§ 9 Abs. 7 BauGB).

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	16
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	0

20 Ausbau Lausitzer Weg, Tilsiter Weg und Glatzer Weg 074/2020

Frau Dr. Hortolani ruft zur Abstimmung über die Vorlage 074/2020 auf.

Notiz zum Protokoll:

Herr Dr. Bockelmann teilte am 19.06.2020 mit, dass er beim TOP 20 irrtümlich mit „nein“ gegen die Vorlage gestimmt habe, da er die Vorbemerkung zum Beschluss der Vorlage 074/2020 versehentlich verdeckt und übersehen habe.

Selbstverständlich unterstütze er die Wahrnehmung von Fördermitteln zur Reduktion von KAG-Beiträgen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat bestätigt das nachfolgend beschriebene und als Anlage beigefügte Bauprogramm zum Ausbau Lausitzer Weg, Tilsiter Weg und Glatzer Weg.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	16
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	0

21 Elternbeitragssatzung für die Tagesbetreuung- 077/2020 Aktualisierung und Modifizierung

Frau Peters erläutert, dass es keine großen Veränderungen gebe. Man müsse die Satzung lediglich an das neue Kinderbildungsgesetz anpassen.

Punkt 3 sei der Verwaltung wichtig, damit im Wiederholungsfalle kein Beschluss nötig sei.

Anschließend ruft Frau Dr. Hortolani zur Abstimmung auf..

Beschlussvorschlag:

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Anpassung der Satzung der Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und OGS wird wie im Sachverhalt dargestellt beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

**22 neu: Entsendung von Vertretern der Stadt für die 093/2020
Verbandsversammlung des
Volkshochschulzweckverbandes Ennepe-Ruhr-Süd**

Frau Dr. Hortolani ruft zur Abstimmung über die Vorlage 093/2020 auf.

Beschlussvorschlag:

Auf Vorschlag des 1. Beigeordneten als Vertretung im Amt für die Bürgermeisterin wird für die Verbandsversammlung des Volkshochschulzweckverbandes Ennepe-Ruhr-Süd Frau Gabriele Weidner (Leiterin der Musikschule) entsandt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

**23 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die
Verwaltung**

Herr Müller spricht das Problem illegaler Müllablagerungen in der Nähe von Müllcontainern an und möchte wissen, wie die Stadt damit umgeht.

Herr Schweinsberg antwortet, dass man mit Herrn Rüth im Gespräch sei und dies nicht toleriere.

Herr Philipp fragt, wie mit den Elternbeiträgen während der Corona-Krise umgegangen wird, da insoweit Uneinigkeit zu herrschen scheine.

Herr Schweinsberg antwortet, dass sich die 5 Fraktionen gemeinsam auf den Weg gemacht haben und dass die Eltern ab dem 16.02.2020 bis zum Ende des Kindergartenjahres entlastet werden.

Herr Beckmann fragt, was aus Avery Dennison geworden ist.

Herr Schweinsberg antwortet, dass die Verwaltung mit einem Investor im Gespräch sei, der aber noch nicht genannt werden wolle. Vertragsentwürfe seien ausgetauscht worden.

Frau Dr. Hortolani möchte wissen, wie weit die Verkehrsberuhigung in der Winterberger Straße ist.

Herr Schweinsberg antwortet, es sei nicht geklärt, ob sie umgesetzt werde. Es gebe Gespräche mit dem Kreis. Ob und wann sie umgesetzt werde, könne man nicht sagen.

Herr Dr. Bockelmann weist darauf hin, dass das Blinken der Geschwindigkeitsanzeige die Autofahrer irritiere, wodurch diese Fußgänger übersehen könnten, die den Zebrastreifen überqueren.

24 abzusetzende Tagesordnungspunkte

24.1 Freigabe eines Verkaufssonntags am 11.10.2020 078/2020

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt.

**24.2 Fraktionsanträge zum Thema "Baumbestand in der 025/2020
Stadt Schwelm" vom 14.02.2020 / 16.02.2020**

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 23 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schriftführung
gez. Graeve

1. stellv. Vorsitzende
gez. Dr. Hortolani